

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Ergebnis der Vertragsverhandlungen.

Die Vertragsverhandlungen sind beendet. Zeitweilig schien es, als ob eine Verständigung zwischen den Parteien nicht möglich und eine Kündigung der Verträge unvermeidbar sei. Schließlich ist es aber doch gelungen, einen Ausgleich der widerstrehenden Interessen herbeizuführen. Man hatte anfangs gehofft, schneller zu einem brauchbaren Resultat zu gelangen. Beide Parteien hatten ihre Städte-

konferenzen auf den 6. November nach Berlin berufen, um den Vertretern der Mitglieder die Möglichkeit zu geben, zu dem erzielten Resultat Stellung zu nehmen. Die Erwartung, die Zustimmung der örtlichen Vertreter sofort zu erlangen, hat sich nicht erfüllt. Die Verhandlungen haben sich länger hingezogen, aber sie waren nicht erfolglos. Ihr Ergebnis ist die nachfolgende

Vereinbarung.

1. Im Hinblick auf den bevorstehenden Kündigungstermin sämtlicher Tarifverträge wird zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter des deutschen Holzgewerbes zur Wahrung des Friedens im Gewerbe hiermit vereinbart, unter nachstehenden Bedingungen beiderseits von der Kündigung der Verträge abzusehen.
2. Die vor dem Kriege vereinbarten Vertragslöhne werden, soweit sie betragen

bis 45 Pf., sämtlich auf 45 Pf., mit der Teuerungszulage von 20 Pf. auf 65 Pf.	
von 40	50
" 51	" 55
" 58	" 60
" 61	" 65
" 66 u. mehr	" 70

festgesetzt. Städte, die einen Vertragslohn bisher nicht vereinbart haben, sind bei der nächsten Vertragserneuerung in eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Lohnklasse einzureihen.

3. Auf alle bestehenden, d. h. zurzeit gezahlten Löhne ist gleichfalls die nach Nr. 2 für den Beschäftigungs-ort maßgebende Teuerungszulage, und zwar in Höhe von 15 Pf. die Stunde vom 15. November 1916 an, in Höhe des Gesamtbetrages vom 15. Februar 1917 an zu zahlen.

4. Die bestehenden Löhne der Arbeiterinnen werden vom 15. November 1916 an um 10 Pf. die Stunde erhöht. Um den gleichen Betrag erhöhen sich auch die vor dem Kriege vereinbarten Vertragslöhne der Arbeiterinnen.

5. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten dieselbe Teuerungszulage wie die Arbeiterinnen, also 10 Pf. die Stunde auf die bestehenden Löhne vom 15. November 1916 an.

6. In den Städten, in denen seither schon auf Grund örtlicher Vereinbarung der beiderseitigen Organisationen Teuerungszulagen gewährt werden, können diese bei der Durchführung der jetzigen Zulage bei männlichen Arbeitern bis zur Höhe von 10 Pf. bei Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahren bis zur Höhe von 5 Pf. die Stunde angerechnet werden.

7. Die vorstehenden Teuerungszulagen auf die Stundenlöhne finden auf die bestehenden Akkordtarife und einzelnen Akkordpreise stimmungsgemäße Anwendung. Das gleiche gilt für die Montagegelber mit der Maßgabe, daß der Mindestzuschlag für Montagen mit Ueberrachten 4 M. pro Tag einschließlich des Sonntags betragen soll.

8. Wo höhere Teuerungszulagen als die vorstehenden brüchlich vereinbart sind, bleiben diese bestehen.

9. Als Ergänzung der bestehenden Tarifverträge wird vereinbart, daß Kriegsbeschädigte Anspruch darauf haben, nach Beendigung des Feindverfahrens wieder in ihrem alten Betrieb in Beschäftigung zu treten. Ihre Entlohnung erfolgt bei Akkordarbeit nach den für alle übrigen Arbeiter geltenden Akkordlöhnen und Akkordtarifen. Lohnarbeiter sind, wenn ihre Verletzung sie an voller Arbeitsleistung hindert, ihren Leistungen entsprechend zu bezahlen. Eine geringere Entlohnung unter Berufung auf die dem Verletzten zuerkannte Rente ist unzulässig. Steigende Erwerbsfähigkeit ist durch entsprechende Erhöhung des Lohnes gebührend zu berücksichtigen. Streitigkeiten sind durch die Schlichtungskommissionen zu entscheiden.

Berlin, den 10. November 1916.

Für den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe: C. Rahardt.

Für den Deutschen Holzarbeiter-Verband: Theodor Leipart.

Für den Zentralverband Christlicher Holzarbeiter Deutschlands: Heinr. Kurtzsch.

Für den Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands: M. Schumacher.

Zur Beglaubigung:

Dr. Caspar,
Direktor im Reichsamt des Innern,
Wirklicher Geheimer Rat.

Siefert,
Geheimer Ober-Regierungsrat.

Die Verhandlungen begannen am 3. November. Neben den beiderseitigen Zentralvorständen nahm an ihnen eine besonders gebildete Verhandlungskommission teil, zu welcher von jeder Partei fünf Mitglieder bestimmt waren. Als Arbeitervertreter gehörten dieser Kommission an: die Kollegen Dietrich-Breslau, Geride-Leipzig, Hartung-Rüschendorf, Schneppenhorst-Nürnberg und Willers-Hamburg. Die Beratungen wurden mit der Erörterung allgemeiner Gesichtspunkte eingeleitet. Im Anschluß daran sollten die eigentlichen Verhandlungen beginnen, die von der Verhandlungskommission allein zu führen waren. Sehr bald traten aber Hemmungen ein, die auch am folgenden Tage, als die Vorstandsvorteiler wieder zugezogen waren, nicht beseitigt werden konnten.

Von der Städtetkonferenz unseres Verbandes, die am 2. und 3. Oktober tagte, waren bekanntlich eine Erhöhung der Tariflöhne und insbesondere eine sofortige Teuerungszulage von 33 1/2 Prozent beziehungsweise eine Lohnerhöhung von 20 Pf. für die Stunde gefordert worden. Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat darauf beschlossen, ihren Mitgliedern als Richtlinien für die örtlichen Verhandlungen auf den Weg zu geben, eine Teuerungszulage von 20 Prozent, verteilt auf zwei Termine, zu bewilligen. Daran haben sich die Vertreter des Schutzverbandes im allgemeinen gehalten. An einigen Orten haben sie etwas mehr, vielfach auch erheblich weniger geboten, so daß eine örtliche Verständigung nirgends zustande kam.

Das letzte Angebot des Schutzverbandes in den zentralen Verhandlungen ging dahin, daß eine Teuerungszulage in Höhe von 25 Prozent der Tariflöhne, wie sie im Juli 1914 bestanden, gewährt werden soll. Die Hälfte dieser Teuerungszulage sollte am 15. November 1916, die andere Hälfte am 15. Februar 1917 in Kraft treten. Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und jugendliche Arbeiter sollten von dieser Zulage ausgenommen sein. Dafür sollten sich die Arbeiter verpflichten, wöchentlich 5 Ueberstunden zu leisten, um so ihr Lohn Einkommen zu erhöhen. Dieses Angebot war selbstverständlich unannehmbar. Da die Arbeitgeber aber darauf beharrten, mußte schließlich festgestellt werden, daß die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten sind.

Die für den 6. November einberufene Städtetkonferenz war unter diesen Umständen eigentlich zwecklos; es war aber nicht mehr möglich, sie abzubestellen. Den versammelten Vertretern wurde die augenblickliche Lage geschildert, und nach kurzer Aussprache beschloß die Konferenz, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Zugleich wurde erklärt, daß bei einer etwaigen Verteilung der Lohnerhöhung auf zwei Termine am 15. November 25 Prozent auf die Akkordlöhne und 15 Pf. auf die jetzt gezahlten Stundenlöhne zugelegt werden müssen. Zu Beginn des Jahres 1917 müßte hierzu eine weitere Erhöhung von 15 Prozent resp. 10 Pf. treten. Inzwischen hatte das Reichsamt des Innern von dem Stande der Dinge Kenntnis erhalten und die Parteien auf den 7. November zur Fortsetzung der Verhandlungen geladen. Im Hinblick auf diese Einladung beschloß die Konferenz, am Nachmittag des 7. November wieder zusammenzutreten, um gegebenenfalls das Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen entgegenzunehmen.

Als die Städtetkonferenz am Dienstagabend eröffnet wurde, mußten aber die Beauftragten wieder mit leeren Händen vor die Versammlung treten. Die gleichfalls am 6. November abgehaltene Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat angesichts den Widerstand der Arbeitgeber gegen annehmbare Zugeständnisse verstärkt, denn in den Verhandlungen im Reichsamt des Innern, die vom Ministerialdirektor Dr. Caspar geleitet wurden, machten sie zunächst den Vorschlag, gar nur 20 Prozent Teuerungszulage zu bewilligen. Nach langen Erörterungen kamen sie schließlich mit einer formulierten Erklärung, nach welcher sie ihren Mitgliedern empfehlen wollten, am 11. November 1916 15 Prozent und am 15. Februar 1917 10 Prozent Teuerungszulage auf die jetzt gezahlten Löhne zu bewilligen. Auf diese Zulagen sollten jedoch die bisher bewilligten Teuerungszulagen voll aufgerechnet werden. Den Ortsverbänden sollte es überlassen bleiben, statt der proportionalen Berechnung am 15. November 10 Pf. und am 15. Februar 5 Pf. Teuerungszulage zu gewähren. Die Teuerungszulage für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sollte der örtlichen Vereinbarung überlassen bleiben, wobei davon ausgegangen wurde, daß sie

etwa die Hälfte der den erwachsenen Arbeitern zugebilligten Zulage erhalten sollen. Im übrigen enthielt der Vorschlag alle die unannehmbaren Bestimmungen aus dem vorigen Angebot der Unternehmer; selbst die Verpflichtung zur Leistung von Ueberstunden, um den Lohn zu erhöhen, fehlte darin nicht.

Eine Verständigung auf solcher Grundlage war natürlich ausgeschlossen. Die Verhandlungen wurden zwar nicht abgebrochen, aber die Hoffnung auf eine Verständigung war am Schluß der Sitzung am Dienstag sehr herabgestimmt. In der Sitzung der Städtetkonferenz am 7. November rechnete man mit dem Scheitern der Verhandlungen. Da aber nicht abzusehen war, wie lange sich diese noch hinziehen würden, wurde die Konferenz am gleichen Abend geschlossen und den Delegierten anheimgegeben, abzureisen. Bei der Aussprache wurde natürlich nur das Scheitern der Verhandlungen in Betracht gezogen. Die erforderlichen Maßnahmen wurden besprochen, die in diesem wahrscheinlichen Fall das rechtzeitige Kündigen der Verträge ermöglichen.

Anscheinend hat am Abend des 7. November auch die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes wieder getagt, und hier war der Wind vermutlich wieder umgeschlagen. Die Verhandlungen im Reichsamt des Innern, die am Mittwoch, den 8. November, fortgesetzt wurden, waren nun von einem anderen Geist getragen. Jetzt fand auch unser Verbandsvorstand endlich die Möglichkeit, einen Vorschlag zu unterbreiten und ernsthaft zur Diskussion zu stellen, der mit der Bewilligung von Teuerungszulagen eine Erhöhung der Vertragslöhne auf der Grundlage einer größeren Vereinheitlichung der sehr unterschiedlichen Vertragslöhne verbindet. Dieser Gedanke fand, nachdem er in keiner Bedeutung für das Gewerbe und für die zukünftigen Tarifverhandlungen nach dem Kriege entwickelt worden war, Anklang bei den Arbeitgebern. Er bildete die Grundlage für die weiteren Verhandlungen, die nun schneller vorstatten gingen. Als die Sitzung am Mittwoch in später Abendstunde geschlossen wurde, war das Verständigungswerk im wesentlichen gelungen.

Nur über die Bemessung der Zulage für die weiblichen und die jugendlichen Arbeiter war eine Verständigung noch nicht erzielt. Bei den Arbeiterinnen bestand die Schwierigkeit darin, daß bisher für sie nur in wenigen Verträgen ein Lohnsatz festgelegt ist. Es sollte also eine andere Grundlage für die Bemessung der Zulage gesucht werden. In den Städten, in denen Tariflöhne für die Arbeiterinnen festgelegt sind, gehören Leipzig und Nürnberg, wo auch verhältnismäßig sehr viele Arbeiterinnen beschäftigt werden. In Leipzig vornehmlich in der Musikinstrumenten-Industrie und in Nürnberg in der Pinsel- und in der Bleistiftindustrie. Die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes erklärten, daß die Verhältnisse in diesen Industrien so eigenartig liegen, daß es notwendig sei, Vertreter aus den genannten Industriezweigen zu den Verhandlungen zuzuziehen. Vom Reichsamt des Innern wurden deshalb Vertreter dieser Industrien auf Freitag, den 10. November, telegraphisch nach Berlin berufen. Bis dahin wurden die Verhandlungen vertagt.

Zur Fortsetzung der Verhandlungen waren Vertreter unseres Verbandes aus den erwähnten Industriezweigen erschienen. Aus Nürnberg die Kollegen Stelzel und Wagner und aus Leipzig Kollege Noak und die Kollegin Anna Sauer (nebenbei bemerkt, das erste weibliche Mitglied, das bisher an zentralen Verhandlungen teilnahm). Wer aber nicht erschienen war, das waren die Vertreter der Fabrikanten aus Leipzig. Sie hatten telegraphisch mitgeteilt, daß sie ihre Mitgliedschaft im Arbeitgeber-Schutzverband zum 31. Dezember gekündigt hätten und deshalb nicht an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Aus Nürnberg waren die Fabrikanten Fugelmeyer von der Bleistiftindustrie und Regensteiner von der Pinselindustrie erschienen. Sie erklärten übereinstimmend, daß ihre Industriezweige unter den Wirkungen des Krieges so gelitten hätten, daß sie sich auf Lohnzulagen nicht verpflichten könnten. Von den Vertretern unserer Kollegen wurde das entworfen Bild aber wesentlich korrigiert. Der Kollege Wagner insbesondere gab eine erschütternde Darstellung von der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nürnberger Pinselindustrie, die auf alle Zuhörer einen starken Eindruck machte. Die Nürnberger Fabrikanten entzogen sich weiteren Verhandlungen, indem sie nachmittags nicht mehr zur Sitzung erschienen. In ihrer Abwesenheit wurden dann die in der "Vereinbarung" festgelegten Bestimmungen für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter beschlossen.

Die zentralen Verhandlungen haben also schließlich doch noch ein annehmbares Ergebnis gezeitigt. Die Verträge werden nicht gekündigt und gelten somit ein weiteres Jahr bis zum 15. Februar 1918.

Wir können uns für heute auf diese Darstellung von dem Verlauf der Verhandlungen beschränken und behalten uns eine nähere Würdigung vor. Die Verbandsleitung hat ihre Schuldigkeit getan, nunmehr ist es an den Kollegen, das ihrige zu tun, um sich in den Genuss der bewilligten Lohnerhöhungen zu setzen. Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat versichert, er werde dahin

wirken, daß die Vereinbarungen überall loyal durchgeführt werden; wichtiger als dieses Versprechen ist es aber, daß sich die Kollegen allerorts selbst rühren und ihre Rechte wahrnehmen.

Die Vereinbarungen sind mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen. In den Betrieben der Mitglieder dieser Organisation sind die meisten unserer Kollegen beschäftigt. Es gibt aber noch eine Anzahl anderer Unternehmerorganisationen, die für unsere Kollegen in Betracht kommen; auch in den Betrieben dieser Unternehmer muß eine Lohnerhöhung eintreten; die jetzt getroffene Vereinbarung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband gibt einen Maßstab für das Mindestmaß dessen, was gewährt werden muß. Auf ein freiwilliges Entgegenkommen dürfen wir nicht warten; die Kollegen müssen auf dem Posten sein, dann werden sie sich, gestützt auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband, ihr Recht auf angemessene Entlohnung sichern können.

Soziales.

Reichstagsarbeit.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

wk. Die letzte Tagungsperiode des Reichstages war wohl die bewegteste seit Ausbruch des Krieges. Eine solche Szene war, wie die am 5. Juni d. J., in der der Reichstanzler die große Abrechnung mit den „Piraten der öffentlichen Meinung“, wie er seine aus dem Hinterhalt gegen ihn vorgehenden Widersacher zutreffend nannte, vornahm, hat man diesmal nicht erlebt. Dafür ging aber durch die ganze letzte Tagung ein Zug des Mißmuts. Nicht ohne Grund. Die lange Dauer der bitteren Kriegszeit mit ihren Leiden und Entbehrungen hat an sich schon eine Stimmung im Volke hervorgerufen, die nicht gerade rosig zu nennen ist. Dazu kommt nun noch, daß von der Regierung so unendlich viel versäumt und dadurch die kritische Stimmung verschärft wird. Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist sich völlig klar darüber, daß es nach diesem Kriege eine Rückkehr in das alte Elend des Klassenwahlrechts und der Bürokratenwirtschaft nicht geben darf. Auch aus dem Munde der berufenen Regierungsvertreter sind wiederholt verhöhnungsvolle Andeutungen gefallen. Der Reichstanzler hat noch in seiner letzten öffentlichen Rede allen Tüchtigen die freie Bahn versprochen. Trotzdem es nun nach den ungeheuren Opfern der 2 1/2 Kriegsjahre endlich an der Zeit wäre, wenigstens die ersten entschlossenen Schritte zur Inangriffnahme innerer Reformen zu tun, belächelt es die Regierung bei ihren vieldeutigen Worten und sträubt sich sogar gegen jeden vom Reichstage ausgehenden Versuch, die Volkvertretung zu einem wirklich entscheidenden Faktor auszubauen. Selbst der von allen Parteien des Reichstages, mit alleiniger Ausnahme der Konservativen, gefaßte Beschluß, den Hauptausschuß des Reichstages zur Beratung wichtiger Fragen auch außerhalb der Tagungen des Gesamtreichstages zusammentreten zu lassen, ließ bei der Regierung auf „Bedenken“. Die Regierung hat sich aber schließlich diesem Beschluß gefügt und in der Vertagungsorder dem Ausschuss die Befugnis zum beliebigen Zusammentreten eingeräumt. Schon wenige Tage nach dem Schluß der Sitzungsperiode ist der Ausschuss zu einer Besprechung der wichtigen Frage, welche Stellung dem polnischen Volke künftig einzuräumen ist, wieder einberufen worden. Diese Neuerung bedeutet immerhin einen Schritt vorwärts in der Erweiterung der Rechte des Reichstages. Besonders die auswärtige Politik wird künftig einer verschärften Kontrolle der deutschen Volkvertretung unterworfen sein.

Allerdings ist die Voraussetzung dazu die, daß der Reichstag das errungene Stückchen Recht gut auszunutzen weiß. Nach den Erfahrungen, die man mit einer früheren, bald nach den letzten Reichstagswahlen durchgesetzten Neuerung gemacht hat, darf man annehmen, daß ihm das gelingt. Demals wurden die „Kleinen Anfragen“ nach englischem Vorbild eingeführt, von denen damals auch die Regierung und die Konservativen nichts wissen wollten. Bald haben sich diese „Kleinen Anfragen“ zu einem wertvollen Mittel der Beeinflussung der Regierungsmassnahmen entwickelt. Am dem letzten Sitzungstag, an dem „Kleine Anfragen“ zu beantworten waren, standen ihrer nicht weniger als 12 auf der Tagesordnung. Wie nützlich sie sein können, zeigt die Zurechtweisung, die in der Beantwortung einer dieser Anfragen dem Genjor in Mülhausen i. E. zuteil wurde, der sich erlaubt hatte, dem dortigen Arbeiterblatt den ganzen Reichstagsbericht über die Genjurdebatte zu schicken.

Damit sind wir bei einem weiteren Kapitel unerfreulicher Details angekommen. Die Fesseln, die der Press- und Versammlungsfreiheit auf Grund des über das ganze Deutsche Reich verhängenen Belagerungszustandes angelegt sind, werden um so drückender empfunden, je länger dieser Zustand der persönlichen Rechtsbeschränkung dauert und je zahlreicher die Mitglieder einzelner Verbände werden. In manchen Corpsgeistern werden der Presse, die sich eine eigene Meinung bewahrt hat, unerträgliche Beschränkungen auferlegt und wenig würdige Zumutungen gestellt. Lebhafte Klagen darüber wurden aus allen Parteien laut. Staatssekretär Gellert sah sich denn auch zu der Erklärung gezwungen, daß eine „Abmilderung“ der Zensur geplant sei. Wie weit damit nicht gebessert werden. Die einzige Gewährleistung besteht in der völligen Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, wie sie von der Sozialdemokratie beantragt, von der Regierung und allen übrigen Parteien aber abgelehnt wurde. Die in Friedenszeiten geltenden Gesetze reichen aus, um auch während des Kampfes den Interessen des Reiches den nötigen Schutz zu gewähren.

Die einschneidenden Maßnahmen sind bei der Verhängung der Belagerungszustände über „verdächtige“ Personen zu machen. Von Sozialdemokraten, Christen und Polen werden ernsthaft und lautmächtig Forderungen gestellt, daß sich der ganze Reichstag einig über die Entlohnung beschließt, die Staatssekretäre zu befähigen wird, um geeigneter zu befähigen verstand. In der letzten Regierungserklärung wurde zwar mit großer Schärfe die Befähigung der geschäftlichen Beamten ausgesprochen, aber doch auch gleichzeitig den

schuldigen Beamten Deckung gewährt. Diese erregten Auseinandersetzungen trugen mit dazu bei, daß der Reichstag aus eigenem freien Entschluß einstimmig ein Gesetz beschloß, das den Opfern der Schutzhaft einen gewissen Nachschuß gewährt. Zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ist aber noch die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, die hoffentlich nicht ausbleibt, nachdem der Abg. Scheidemann im einmütigen Auftrag des gesamten Reichstages die Regierung zur raschen Genehmigung des Gesetzes aufgefordert hat.

Dem reinigenden Gewitter, das sich in diesen Redekämpfen entlud, könnte ein Aufatmen der Arbeiterschaft folgen, wenn nicht vom Abg. Stadthagen ein neuer Brauch eingeführt worden wäre, der berechtigten Mißmut in Arbeiterkreisen hervorruft. Stadthagen breitete die Differenzen, die zwischen dem Parteivorstand und den Berliner Parteiführungen wegen der Faltung des „Vorwärts“ entstanden sind, in stundenlangem Schmährede auf der Tribüne des Reichstages aus. Der politisch denkende Arbeiter, er mag zu diesen Differenzen stehen, wie er will, hält an der guten alten Sitte fest, an die auch der Abg. Ebert in einer abwehrenden Erklärung erinnerte, daß innere Streitigkeiten der Arbeiterbewegung in den eigenen Organisationen und nicht in den Parlamenten vor den vergnügt schmunzelnden Gegnern auszutragen sind.

In die Kämpfe, die vor dem Kriege die Gemüter oft erregten, erinnerten die Debatten über militärische Organisationsfragen. Auf dem Gebiete der Soldatenbehandlung und -erziehung wollen die Klagen nicht verstummen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion sah sich daher zu einer herben Kritik veranlaßt. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mannschaftslöhnung fand leider keine Annahme. Nur die Erhöhung der Verpflegungssätze und weitergehende Entlassung der ältesten Jahresklassen wurde in Resolutionen, die einstimmige Annahme fanden, gewünscht. Ein sehr bedenkllicher Geist spricht aus einer Anordnung, wonach auch künftig Dissidenten nicht zu Offizieren befördert werden sollen. Sehr eindringlich wurde der Militärverwaltung die moralische, rechtliche und praktische Unhaltbarkeit einer solchen Maßregel zu Gemüte geführt mit dem Ergebnis, daß eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit in Aussicht gestellt wurde.

Zeigt sich auf allen diesen Gebieten ein mangelhaftes Verständnis der Regierung für die Erfordernisse der Zeit, so kommen die schweren Unzulänglichkeiten der Organisation der Volksernährung noch hinzu. Etwa 1 1/2 Wochen hat der Hauptausschuß wieder dieser unendlich wichtigen Frage gewidmet, und auch in der Vollversammlung sind ausgedehnte, scharfe Reden gehalten worden. Es hat an praktischen Vorschlägen zur Besserung nicht gefehlt, und viele derselben sind zu Beschlüssen verdichtet worden. Vom Kriegsernährungsamt kann man nicht verlangen, daß es die fehlenden Nahrungsmittel hervorzubringen soll. Aber es soll die Preise auf einer erträglichen Höhe halten und dafür sorgen, daß die Minderbemittelten ihren vollen Anteil von dem vorhandenen Vorrat an Nahrungsmitteln bekommen. Auf dieses Ziel steuerten die sozialdemokratischen Anträge hin, die teilweise angenommen wurden. Es bleibt aber fraglich, ob die staatliche Macht voll eingesetzt wird, um das Hemmnis zu beseitigen, das Hoheit und brutaler Egoismus einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel bereiten.

Kräftig vorwärts gedrängt hat die sozialdemokratische Fraktion auch zwecks Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfamilien. Ihre Anträge sind zwar von den bürgerlichen Parteien erheblich abgeschwächt worden, doch hat der Reichstag einstimmig die Erhöhung der monatlichen Unterstützung für die Frau von 15 auf 20 Mk., für jedes Kind von 7 1/2 auf 10 Mk. und Gewährung einer doppelten Unterstützung für den Weihnachtsmonat beschlossen. Auch die noch im Zivildienst stehenden geringbesoldeten Beamten, Unterbeamten und Arbeiter sollen eine besondere Weihnachtszuwendung bekommen. Sache der Regierung ist es nun, diese Beschlüsse zur Tat werden zu lassen. Ansonsten wäre hier wirklich schlecht angebracht. Welch geringe Rolle spielen 100 Millionen Mark, mit denen viel Not gemindert werden könnte, angesichts der 64 Milliarden, die einschließlich der neu bewilligten 12 Milliarden bis jetzt für Kriegszwecke bereitgestellt sind. Darauf darf es nicht ankommen. Zur erfolgreichen Verteidigung Deutschlands gegen eine Welt von Feinden gehört auch die ausreichende Versorgung der Frauen und Kinder der Krieger. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält fest an der Auffassung, daß das eigene Land zu verteidigen ist, solange ihm Gefahren drohen, sie fordert aber auch, daß den Gefahren gesteuert werde, die den besitzlosen Volksschichten in der Heimat drohen.

Arbeitervertreter als Mitarbeiter des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft.

Vom Bureau für Sozialpolitik wird uns geschrieben: Die Mitarbeiter des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft sind, soweit bekannt, diejenigen Kreise entnommen worden, die in den Kredit- und Rohstoffbeschaffungsfragen besondere Sachkunde besitzen. Sinegen hat die Tätigkeit der Arbeiter- und Angehörtenfragen (z. B. Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit) die Staatssekretär Helfferich am 14. Oktober im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe hervorhob, in der Zusammenfassung des Mitarbeiterkreises bisher keinen Ausdruck gefunden. Das Bureau für Sozialpolitik (Professor Franke) und die Gesellschaft für soziale Reform (Vorsitzender: Staatsminister Freiherr von Berlepsch) haben deshalb am 10. November den Herrn Reichstanzler ersucht, auch den Arbeitern und Angehörten eine Vertretung in der neuen Dienststelle zu schaffen. Diesem Ersuchen haben sich zum Teil in Wiederholung früherer Ergeben, eingeschlossen der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Verband deutscher Handlungsgehilfen, der HSR Verein, der Deutsche Verband kaufmännischer Vereiner, die beiden großen Handlungsgehilfenverbände, die drei großen Technikerverbände, die christlichen und volkswirtschaftlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerksvereine sowie die freien Gewerkschaften.

Förderung des Unfallschutzes in der Holzindustrie.

Von der Vereinigung zur Förderung des Unterrichts in Unfallverhütung und Gewerbehygiene in München, die sich als Ortsgruppe München des Bayerischen Fort-

bildungsschulvereins E. V. bezeichnet, erhalten wir die Mitteilung, daß sich eine Arbeitsgruppe zur Beschaffung von Lehrmitteln für den Unterricht in Unfallverhütung und Gewerbehygiene an den Fachschulen für Schreiner gebildet hat. In derselben sind eine Reihe von Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, die Gewerbeinspektion, die Münchener Ortskrankenkasse und die Vereinigung der Fach- und Gewerbelehrer sowie die Fortbildung- und Fachschulen vertreten. Zum Obmann der Arbeitsgruppe ist Schreinermeister Nacl, zum Schriftführer der Vorsitzende der Zentralkommission der Maschinenarbeiter im Deutschen Holzarbeiter-Verband, Kollege Attenhofer, gewählt.

Das Programm, das sich die Arbeitsgruppe gestellt hat, ist recht vielseitig. In erster Linie sollen Unterrichts- hefte für die Unterweisung in der Unfallverhütung und der Gesundheitspflege im Schreinergewerbe sowie Tafelwerke und Lichtbilder geschaffen werden. Daneben ist beabsichtigt, ein umfassendes „Archiv für Unfallverhütung im Schreinergewerbe“ anzulegen, das später dem Arbeitermuseum in München überwiesen werden wird. Der Plan für dieses Archiv ist bereits aufgestellt. Er umfaßt zunächst drei Gruppen: 1. Allgemeiner Teil. Die Bekämpfung der Unfallgefahren im Schreinergewerbe; 2. Die Unfallverhütung und 3. die Gesundheitspflege im Schreinergewerbe. Jede dieser drei Gruppen zerfällt wieder in eine Reihe von Unterabteilungen.

Es ist sonach eine sehr schwierige und umfangreiche Aufgabe, die sich die Arbeitsgruppe gestellt hat, und es wird mühevoller und hingebender Arbeit bedürfen, um diese Aufgabe zu lösen. Die Arbeit soll unmittelbar den Münchener Fachschulen für Schreiner zugute kommen, aber es ist selbstverständlich, daß sie dem ganzen Gewerbe zum Nutzen gereichen wird. Die Arbeitsgruppe ist daher berechtigt, die Unterstützung aller interessierten Kreise in Anspruch zu nehmen. Ihre Bitte um Zuweisung von Büchern, Schriften, Jahresberichten, Literaturzusammenstellungen und Hinweisen möchten wir nachdrücklich unterstützen. Die Arbeitsgruppe schreibt, sie sei für alles und für jede kleinste Anregung dankbar; wir wünschen ihrer Tätigkeit den besten Erfolg. Alle Sendungen und Anfragen in dieser Angelegenheit sind zu richten an den Vorsitzenden der obengenannten Vereinigung, Herrn Schulvorstand Niedl in München, Gewerbeschule Liebherstraße.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 47. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20590 Herm. Steinbrunn, Eschl., geb. 1. 10. 62 zu Leipzig.
- 30733 Gust. Rudolf, Eschl., geb. 29. 9. 67 zu Schleiz.
- 689476 Herm. Jörnemann, Holzarb., geb. 25. 3. 80 zu Gr. Wechungen.

749777 Karl Aug. Müller, M.-A., geb. 30. 1. 61 zu Neumarkt.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Teuerungszulagen in der sächsischen Wehmühlindustrie.

Am 10. November fand in Dresden eine gemeinsame Verhandlung mit dem Verband sächsischer Möbelfabrikanten statt. Es waren Vertreter aus den Fachstellengebieten Bischofsberga, Cunnorsdorf, Rabenberg, Riesa und Wilsdruff anwesend. Ferner unser Vorstand Herr Verleger Gerlich und der Generaldirektor der Firma Eschebach, Dresden. Nach längerer Verhandlung wurde folgender Erklärung beiderseitig zugestimmt:

Am 15. November werden 15 Pf. und am 15. Februar 1917 weitere 5 Pf. pro Stunde für alle Vollarbeiter Zulage gewährt. Bisher gewährte allgemeine Teuerungszulagen können nur mit Zustimmung der Organisationsleitung angerechnet werden. Die Regelung der Frauenlöhne, der Jugendlichen und der sonstigen Vereinbarungen richtet sich nach den Beschlüssen der Berliner Verhandlung. Bis zum 1. Mai 1917 sollen neue Forderungen nicht gestellt werden.

Die Firma Eschebach hatte sich bisher grundsätzlich gegen Verhandlungen mit den Gewerkschaften ablehnend verhalten, und die Beteiligung dieser Firma an den Verhandlungen kam erst zustande, nachdem die Kollegen im Radeberger Bezirk einmütig die Vertragsabkehr forderten, und die Firma vor der Gefahr stand, ihre Arbeiter zu verlieren. Es wird nun an der Energie der Kollegen liegen, daß die vereinbarte Erklärung auch in allen Möbelbetrieben voll zur Durchführung kommt.

Die Teuerungszulage in Berlin.

Von der Berliner Ortsverwaltung wird uns geschrieben: Auf unseren Bericht in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bringt die „Fachzeitung“ der Tischlermeister und Holzindustriellen eine Notiz, die schon etwas anders aussieht als ihr erster Artikel. Im allgemeinen hat sie gegen unsere tatsächlichen Feststellungen nichts einzuwenden, nur unsere Bemerkungen über Art und Zweck ihrer Darstellung der Verhandlungen betrifft die Teuerungszulage haben sie etwas verschmüpft. Die „Fachzeitung“ gibt schließlich zu, daß die Arbeiter „von der Zurückverlegung der Zulage auf den 1. September gesprochen haben“, wogegen es in ihrer ersten Darstellung hieß, es sei „mit keinem Wort davon die Rede gewesen“. Vielleicht gibt sie auch noch zu, daß in den zwei Sitzungen von den Vertretern der Arbeiter die Forderung einer Teuerungszulage von 40 bis 45 Prozent erhoben und von ihnen ausführlich begründet worden ist. Denn nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderung erfüllt wird, sind die Arbeitervertreter in die Beratung der von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen eingetreten. Wenn endlich die „Fachzeitung“ sich nicht länger sträuben wollte, zuzugeben, daß — infolge der ständigen

angemessenen Zugeständnisse der Arbeitgeber — eine Einigung auf der Grundlage der Friedenspreise, wie das Protokoll besagt, trotz langer Verhandlung nicht erzielt worden ist, so läme sie unserer Darstellung noch näher. Vielleicht ist sie es noch.

Zu Ingolstadt haben wir einen schönen Erfolg bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages mit der Firma Uhlmann u. Co. erzielt. Durch Vereinbarung wurde festgelegt, daß der Tarifvertrag auf ein Jahr weiterläuft. Die Firma gewährt dafür den Schreiner- und Maschinenarbeitern im neuen Vertragsjahr eine Lohn- und Mindestlöhne erhöhen sich ab 1. Dezember 1916 um 20 Pf. die Stunde. Die Montagegelder werden von 80 Pf. auf 2 Mk. bzw. von 1,00 Mk. auf 4 Mk. bei Uebernachten pro Tag erhöht. Für Arbeiten außerhalb der Werkstätte im Stadtgebiet wird ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gewährt. Weiber konnten mit den Innungsmeistern keine Verhandlungen geführt werden. Der Innungsoberrmeister hatte wohl seine Kollegen zur Verhandlung einladen, es war aber nur einer erschienen. Der Obermeister selbst hatte sich entschuldigen lassen. Wenn die Herren Innungsmeister glauben, daß für die Sache abgetan ist, wenn sie den Verhandlungen fernbleiben, so wird ihnen die nächste Zukunft etwas anderes lehren.

In Augsburg bei Mustau war die Möbelfabrik von Kaled bei Kriegsausbruch für längere Zeit stillgelegt worden. Bei der Wiedereröffnung des Betriebes wurde die Arbeitszeit, die vorher 56 Stunden betragen hatte, auf 64 Stunden verlängert. Für diese Ueberstunden wurde jedoch der vertraglich vorgesehene Zuschlag von 10 Pf. für die Stunde nicht gezahlt. Dem Eingreifen unseres Berliner Gauvorsitzers gelang es, eine Milderung dieses Zustandes herbeizuführen. Es wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit vom 30. Oktober ab wieder auf 56 Stunden herabgesetzt wird. Auf die vor dem Kriege gezahlten Löhne wird ein Zuschlag von 33 1/2 Prozent gezahlt und der Vertragslohn um 20 Pf. erhöht.

Aus der Holzindustrie.

Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen.

Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Kriegszeit haben es mit sich gebracht, daß in einigen zur diesseitigen Berufsgenossenschaft gehörigen Betrieben Frauen und Mädchen auch an schweren Arbeitsmaschinen (Ubrichtmaschinen, große Kreissägen) beschäftigt werden.

Wir verschließen nicht, die geehrten Genossenschaftsmitglieder davon in Kenntnis zu setzen, daß diese Beschäftigung von Frauen und Mädchen bereits eine Anzahl Betriebsunfälle zur Folge gehabt hat. Diese Unfälle beweisen, daß Frauen und Mädchen den Anforderungen, die diese Arbeiten stellen, körperlich nicht gewachsen sind.

Wir warnen daher die geehrten Genossenschaftsmitglieder, ihre weiblichen versicherungspflichtigen Personen Arbeiten an schweren Arbeitsmaschinen weiterhin ausführen zu lassen.

Diese Warnung ist sehr berechtigt. Tatsächlich nimmt die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte nicht nur in der Musikinstrumentenindustrie, sondern auch in anderen Zweigen des Holzgewerbes überhand. Und sie beschränkt sich nicht darauf, daß den Arbeiterinnen leichte Arbeiten zugewiesen werden, sondern man findet Frauen und Mädchen bei Arbeiten, für die sie völlig ungeeignet sind. Wenn von den Unternehmern behauptet wird, sie seien nur durch den Mangel an männlichen Arbeitskräften dazu genötigt, so müssen wir dem entgegenhalten, daß diese Begründung nur zum Teil berechtigt ist. In vielen Fällen könnte auf weibliche Arbeitskräfte verzichtet werden, wenn man nur den Männern angemessene Löhne zahlen wollte.

Das ist der springende Punkt. Es ist die Sparsamkeit am falschen Platz, die viele Unternehmer veranlaßt, Frauen sogar an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen zu beschäftigen. Freundliche Warnungen der Berufsgenossenschaften allein werden kaum genügen, dem Uebel abzuhelfen. Die Unternehmer, die solche Warnungen unbeachtet lassen, müssen zum mindesten mit den vollen Kosten für etwa vorgekommene Unfälle belastet werden. Aber auch eine solche Drohung wird nicht ausreichen; notwendig ist es, daß die Arbeiter sich entschieden gegen die Verwendung von Frauen an ungeeigneten Arbeitsplätzen wenden. Ganz besonders muß auf eine angemessene Bezahlung der weiblichen Arbeitskräfte gedrungen werden. Wenn die Unternehmer die Arbeiterinnen anständig bezahlen müssen, dann wird ihr Interesse an der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte bald schwinden.

Preiserhöhung für Kinderwagen.

Der Verband deutscher Kinderwagenfabrikanten hat mit sofortiger Wirkung einen Preisaufschlag von 60 Prozent eintreten lassen für alle rohen, geölten und lackierten Holzwagen, desgleichen für Leiter- und Rastenwagen, Puppenportwagen, Feld- und Ruhekappstühle, Kinderportwagen ohne Gummi, Straßenrenner ohne Gummi und Kinderdreiräder ohne Gummi. Der Aufschlag von 70 Prozent für andere Artikel vom 1. April 1916 bleibt bestehen.

Diesem Aufschlag, der in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ vom 10. November bekanntgegeben wurde, ist sehr wohl ein weiterer gefolgt. Am Schluß der gleichen Nummer wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, die dem Blatt vor Redaktionsschluß zugegangen ist. Hiernach hat der genannte Verband neuerdings folgendes beschlossen: „Auf Holzwaren kommen 70 Prozent Feuerungs- und Aufschlag, auf Sportwagen- und Puppenportwagen 80 Prozent Aufschlag (wenn Rasten- und Leiterwagen lieferungsmöglich, auch 80 Prozent), auf Kinderwagen, Kinderkappwagen, Puppenwagen 90 Prozent Aufschlag.“

Gewerkschaftliches.

Der Bäckerverband veröffentlicht das Schlussergebnis der Abstimmung im Felde über die Beseitigung der Nachtarbeit. In der Abstimmung haben sich insgesamt 11 130 im Felde

stehende Bäcker- und Konditorgehilfen und 3826 Arbeitgeber beteiligt. Von den Gehilfen stimmten 11 130 für die dauernde gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit und nur 11 dagegen. Dafür, daß die gesetzliche Regelung schon jetzt erfolgt, stimmten 11 116 Gehilfen und 34 dagegen. Daß sich die Arbeiter fast durchgängig für die Beseitigung der Nachtarbeit aussprechen würden, war vorauszusetzen; um so bemerkenswerter ist es, daß in dieser Frage die überwältigende Mehrheit der Arbeitgeber mit den Gehilfen übereinstimmt. 3748 Arbeitgeber stimmten für die gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit und nur 77 waren dagegen. Die Frage, ob die gesetzliche Regelung sofort erfolgen solle, wurde von 3086 Arbeitgebern bejaht und von 133 verneint. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist eine wertvolle Unterstützung für die Forderung der Bäckerarbeiter auf dauernde Beseitigung der Nachtarbeit. Hoffentlich läßt der entsprechende Gesetzentwurf nicht lange auf sich warten. Daß es ohne Nachtarbeit im Bäckergewerbe geht, hat die Praxis der letzten beiden Jahre bewiesen.

Der Bauarbeiterverband hat am 2. und 3. November eine Konferenz seines Verbandsrats abgehalten. Der Bericht über den Stand des Verbandes, der dort erstattet wurde, ist wenig günstig. Die Mitgliederzahl, die vor dem Kriege 310 444 betrug, ist bis zum 30. September dieses Jahres auf rund 80 000 zurückgegangen. Bis zur Mitte dieses Jahres waren 167 518 als eingezogen gemeldet, eine sehr erhebliche Zahl von Mitgliedern ist also abtrünnig geworden. Günstiger sind die Ständerhältnisse. Obwohl der Verband verhältnismäßig sehr hohe Summen für Unterstützungen verwendet hat, ist der Vermögensbestand im Vergleich zu der Gesamtheit der Gewerkschaften recht günstig. Eingehend wurde die Frage erörtert, ob den Familien der Eingezogenen zu Weihnachten wieder eine Unterstützung gewährt werden soll. Es wurden gewichtige Stimmen gegen eine solche Unterstützung laut. Die Frage wurde aufgeworfen, ob der Verband die immerhin sehr beträchtliche Summe, die erforderlich ist, nicht zweckmäßiger zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder nach dem Kriege verwenden sollte. Dann aber wurde nachdrücklich betont, daß die von der Gewährung der Familienunterstützung erwartete agitatorische Wirkung ausgeblieben sei. Sogar vom Verband für Kriegsbauten reklamierte Mitglieder, deren Frauen unterstützt worden waren, hätten sich geweigert, ihre Verbandspflichten zu erfüllen. Viele Frauen betrachteten die Unterstützung als etwas Selbstverständliches und schimpfen noch, daß es zu wenig sei. In manchen Gegenden hat man aber auch glückliche Erfahrungen gemacht. Beschlossen wurde, die Unterstützung zu Weihnachten noch einmal zu zahlen. Die Beschäftigung von Frauen auf Bauten hat einen erheblichen Umfang angenommen und die Frage nahegelegt, ob auch weibliche Mitglieder in den Verband aufgenommen werden sollen. Die Konferenz hat diese Frage verneint. Nach dem Kriege müßte die Frauenarbeit auf Bauten wieder verschwinden, weil diese Arbeit für Frauen ungeeignet ist. Während des Krieges wird der Verband die Interessen der Arbeiterinnen in jeder Weise wahrnehmen, ohne eine Gegenleistung von ihnen zu verlangen. Zur Frage der Erwerbslosenunter-

stützung für Kriegsbeschädigte wurde beschlossen, daß nicht voll erwerbsfähige Kriegsbeschädigte im Falle der Arbeitslosigkeit unterstützt werden, wenn sie sich spätestens vier Wochen nach der Entlassung aus dem Heere beim Verband angemeldet und ihre Verbandspflichten erfüllt haben. In einem Referat über Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß im Verhältnis zu den vorhandenen Arbeitskräften reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Besonders macht sich ein Mangel an Arbeitern an militärisch wichtigen Bauten bemerklich. Es bestände deshalb bei den maßgebenden militärischen Stellen die Absicht, die private Bautätigkeit ganz zu verbieten. Mit einem solchen Verbot müsse gerechnet werden, wenn es nicht gelingen sollte, insbesondere auch durch die Mitwirkung des Verbandes, die nötigen Arbeitskräfte für die militärisch wichtigen Bauten zu beschaffen. In der Diskussion wurde die für den Bauarbeiterverband besonders wichtige Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter berührt. Der Verband ist nicht gegen die Einwanderung an sich, er verlangt aber, daß die Einwanderung nach dem vorhandenen Bedürfnis geregelt werde.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse. Bearbeitet von Paul Barthel, Verlag von Raden u. Comp., Dresden. Preis geheftet 3,50 Mk., gebunden 4,50 Mk.

Mit dem vorliegenden Buch ist eine dankenswerte Aufgabe in zufriedenstellender Weise gelöst. Seit der Errichtung der Generalkommission hat eine ganze Reihe von Gewerkschaftskongressen getagt. Schon vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes existierten sehr beachtenswerte Ansätze zu einer Gewerkschaftsbewegung. Anfangs klein und unbedeutend, kaum beachtet, haben es die Gewerkschaften verstanden, sich durchzusetzen. Sie sind zu einer Macht erstarkt, mit der Freund und Gegner rechnen müssen. Der Krieg und seine Begleiterscheinungen haben die Gewerkschaften numerisch geschwächt, aber ihre Stellung ist unerschütterlich. Gerade während des Krieges haben sie in vollem Maße ihre Daseinsberechtigung bewiesen, und nach dem Kriege werden sie große Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse zu erfüllen haben. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß sie, trotz aller Anerkennung, die man ihnen zollt, kaum weniger Schwierigkeiten zu überwinden haben werden als früher.

Das vorliegende Buch bietet für alle Fälle ein gutes Rüstzeug. Auf den Gewerkschaftskongressen sind die Richtlinien für die Betätigung der Gewerkschaftsbewegung gezogen worden. Die Protokolle der Gewerkschaftskongresse sind ein Arsenal für den gewerkschaftlichen Kampf, aber die dort zur Verfügung stehenden Waffen sind nicht überflüssig geordnet. Die zweckmäßige Ordnung und gebrauchsfähige Zusammenstellung des in den Protokollen verstreuten Materials ist der Zweck des Handbuches. In alphabetischer

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1916.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mittlerer Gehalt am letzten Tage des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten								Zahlstellen haben nicht berichtet
			vom vorigen Monat		am letzten Tage d. Monats			Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
			Mittel	Tage	Mittel	Tage		Mittel	Tage	Mittel	Tage	Mittel	Tage			
Danzig	39	1638	1	4	5	2	1	11	16	50	14	40	31	50	—	
Stettin	35	1285	1	3	4	1	2	21	34	40	12	24	23	40	—	
Breslau	45	2704	47	77	124	33	12	81	113	20	2	6	6	—	1	
Berlin	88	13821	184	1192	1376	193	1	78	540	858	45	121	118	50	—	
Dresden	53	7372	10	111	121	56	14	111	161	14	13	28	26	—	1	
Leipzig	52	7520	147	249	396	141	—	40	298	255	27	13	29	25	—	
Erfurt	69	2520	10	17	27	7	—	6	60	80	83	3	5	—	3	
Magdeburg	33	2584	18	6	24	5	—	1	6	10	—	5	10	8	80	
Hamburg	60	7843	98	348	446	76	3	22	184	246	90	28	54	53	40	
Hannover	39	3165	8	115	123	9	—	5	54	53	86	16	37	37	—	
Müßeldorf	47	2589	3	25	28	1	—	4	39	54	90	10	26	26	—	
Frankfurt	55	3294	7	50	57	7	—	13	104	152	17	5	13	13	—	
Münster	50	5419	117	40	157	100	1	32	456	425	—	8	23	23	—	
München	29	2834	23	34	57	7	—	30	292	273	10	5	9	8	70	
Stuttgart	68	3217	14	6	20	12	—	2	31	51	67	5	14	14	—	
Hauptkasse	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	
Oktober 1916	762	67880	688	2277	2965	650	8	262	2288	2786	94	185	440	420	20	
September	784	68315	741	2132	2873	698	11	321	3377	4099	73	264	599	560	65	
August	759	68874	878	2554	3482	744	9	332	2821	3972	83	290	651	621	64	
Juli	774	69511	1033	2439	3472	877	18	482	4145	6003	59	332	706	681	—	
Juni	777	69630	1203	2275	3478	1037	12	681	6368	9436	76	492	838	815	—	
Mai	783	69356	1134	3291	4425	1214	22	717	6652	9412	53	432	931	893	22	
April	784	68538	1178	2473	3651	1137	14	682	6376	9206	16	301	668	636	29	
März	797	68591	1502	2834	4356	1182	16	942	8754	11964	12	446	938	882	52	
Februar	806	69025	1647	3136	4783	1511	19	1111	10757	14921	79	444	925	836	—	
Januar	806	69211	1981	3555	5536	1860	20	1480	13892	20163	67	451	949	922	10	
Dezember 1915	799	70673	1643	3238	4881	1982	17	1152	12238	17005	32	442	834	792	19	
November	806	71607	1711	3455	5166	1850	11	1054	10217	13911	58	461	930	835	30	
Oktober	834	74509	2105	3872	5977	1728	28	1299	12333	17156	60	599	1164	1094	80	

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Uedermünde — Großhartmannsdorf — Brambach, Lindach — Böhlen, Eschwege, Schwarzja — Deltsch — Apentrade — Münden — Gelsentirchen, Ohligs, Breden — Vieker, Speyer — Cadolzburg, Nischelau, Schopfloch — Augsburg, Schwaben — Troßingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Januar	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats					Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am letzten Tage					
	1911	1912	1913	1914	1915	1911	1912	1913	1914	1915	
Januar	6904	7646	8454	14447	14832	1660	4,23	4,20	4,37	7,70	13,55
Februar	5597	6323	8390	11211	10274	1511	3,40	3,42	4,34	5,30	9,54
März	4192	4890	8513	9009	6521	1182	2,52	2,61	4,42	4,77	6,40
April	4019	5591	8951	7410	5257	1157	2,40	2,89	4,63	3,93	5,57
Mai	3280	5387	9263	7211	4435	1214	1,94	2,86	4,80	3,80	4,82
Juni	3458	4949	9582	7282	3564	1037	2,02	2,61	4,35	3,84	4,32
Juli	2922	3892	8986	6766	3146	877	1,69	2,04	4,48	3,79	3,70
August	2246	3151	6917	4350	2833	744	1,29	1,35	3,58	3,20	3,43
September	2509	4296	7540	36268	2103	688	1,43	2,22	3,92	27,35	2,71
Oktober	3609	7510	9593	29244	1723	650	2,42	2,85	5,04	23,01	2,12
November	4361	6768	10725	22482	1650	—	2,42	3,20	5,84	18,01	2,12
Dezember	8406	13125	20779	20516	1982	—	4,66	6,76	11,00	17,35	2,89

Anordnung werden alle auf den seitherigen Gewerkschaftskongressen behandelten Gegenstände unter bestimmten Stichwörtern zusammengestellt. So ist z. B. das erste Stichwort „Agitation“. Hier finden wir, was auf jedem einzelnen Gewerkschaftskongress in bezug auf Agitation beantragt und beschlossen wurde. Andere Stichwörter sind u. a.: „Generalstreik“, „Konferenzen der Arbeitersekretäre“, „Organisationsform und -verfassung“, „Partei- und Gewerkschaftsbewegung“, „Politik und Gewerkschaften“, „Statistik“ u. s. f. Bei jedem einzelnen Stichwort finden wir eine zusammenhängende Darstellung der Haltung, welche die Gewerkschaftskongresse der betreffenden Frage gegenüber eingenommen haben.

In dieser Weise sind außer den eigentlichen Gewerkschaftskongressen auch deren Vorläufer: der Allgemeine deutsche Arbeiterkongress in Berlin 1868, der Gewerkschaftskongress in Erfurt 1872 und der Kongress behufs Gründung einer Gewerkschaftsunion zu Magdeburg 1874 verarbeiteter. Im Abschnitt „Partei- und Gewerkschaftsbewegung“ sind außer den Protokollen der Gewerkschaftskongresse auch die der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von 1863 bis 1874, der Vereinstage deutscher Arbeitervereine von 1863 bis 1869, der Kongresse der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 bis 1874 und der dann folgenden sozialdemokratischen Parteitage berücksichtigt. Ein Sach- und ein Personenregister erleichtern die Benutzung des Buches, welches als eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Gewerkschaftsliteratur begrüßt werden kann.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.
(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Einnahme im Oktober.

Ueberschuß sandten ein: Berlin E 1000, Mannheim 900, Sindelnau, München II je 800, Kiel, Plagwitz je 700, Berlin D, Schwennungen je 600, Berlin C, Berlin H, Pantow, Emmendingen, Gaarden, Lenkisch, Meißen je 500, Berlin B 495, Schönebeck, Erlangen je 450, Badnang, Weissensee, Dresden A, Fürth, Halle, Görde, München III, Botnang, Würzburg I, Würzburg II je 400, Böttingen, Pirna, Rothenburg je 350, Mariendorf, Steglitz, Bitterfeld, Chemnitz, Eßlingen, Frankfurt I, Frankfurt II, Gevelsberg, Griesheim, Hamburg III, Hamburg IV, Hannover, Heilbronn, Langenbiebach, Leipzig I, Leipzig III, Sellahausen, Lorch, Ravensburg, Spandau, Stuttgart, Wittenberg je 300, Cunitzsch 278, Eilenburg, Wehringhausen, Hanau, Hannover, Commewitz, Volkmarndorf, Ludwigshafen je 250, Adlershof, Beprenth, Baumtschulenweg, Bielefeld, Bohnsdorf, Bremen, Brunsbüttelkoog, Bisdorf, Darmstadt, Löbtau, Duisburg,

Durlach, Ettlingen, Forchheim, Gotha, Gröbblingen, Hamburg V, Hennef, Hockenheim, Kaiserslautern, Lahr, Leipzig II, Gohlis, Stötteritz, Lübeck, Gonsenheim, Kastel, Molsch, Neuzienburg, Neuwied, Dettingen, Oldesloe, Osterweddingen, Paunsdorf, Rheindürkheim, Niesha, Nuth, Schwerte, Wangen, Untergrüne, Urach, Weinheim, Witten je 200, Köhschenbroda 175,50, Dortmund II 170, Krefschau 100, Altona, Viebrich, Böhlitz-Ehrenberg, Rath-Neumar, Dessau, Dresden N, Eberswalde, Göttingen, Gr.-Zimmern, Haibach, Hochpener, Jserlohn, Mochau, Lettin, Mühlheim a. D., Rowawes, Osendorf, Plauen, Winkel je 150, Bruchsal, Landau, Niederberg, Raftatt, Trebbin je 120, Vondorf, Brüh, Friedenau, Schöneberg, Bernau, Bobenheim, Bruck, Coblenz, Köln II, Deutz, Erefeld, Detmold, Cotta, Ebersbach, Elberfeld, Edesey, Cröllwitz, Heidingsfeld, Helbra, Hildesheim, Höchst, Jehenhausen, Jena, Johannisberg, Jüngenheim, Veiertheim, Küppert, Neumühlen, Königszell, Langenberg, Mülteken, Neudnig, Löbau, Ludenwalde, Lüneburg, Neue Neustadt, Mainz, Marbach, Marburg, Markranstädt, Minden, Naumburg, Neustrelitz, Nieder-Erlenbach, Nordhausen, Oberbröttingen, Passau, Pöhlneck, Potsdam, Ratingen, Rawitsch, Salzgungen, Scheuditz, Schönau, Schwarzga, Stadtilm, Oberfürthheim, Tharandt, Trotha, Unterharmersbach, Wahren, Zirndorf je 100, Tiegenshof 90, Wiesbaden 80,06, Wehlsheden, Iversgehofen, Finthen, Rrenzlau, Waldheim je 80, Gilstrow, Neustadt b. L., Nieder-Würschnitz je 75, Nauheim 70, Gumbinnen, Ohlau je 60, Dörnberg 55, Apolda, Bromberg, Dellbrück, Cunnersdorf, Döbeln, Driesen, Flörsheim, Hendra, Hülben, Krosdorf, Lippoldshausen, Lößnitz, Drais, Mühlhausen, Osterwied, Quittelsdorf, Schleusingen, Singen, Stendal, Wolfenbüttel je 50, Gorma, Hedershausen, Hirschaid, Jossen je 40, Gassen 30 Mt.

Summe der Ueberschüsse 45667,56 Mt.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 2493,75 „
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern . 4,60 „
Zinsen von Kapitalien 5610,— „
Sonstige Einnahmen 344,28 „

Gesamteinnahme 54120,19 Mt.

Ausgabe im Oktober.

Zuschuß erhielten: Effen, Thonberg je 200, Deynhausen 180, Nippes, Eppenhain, Esthal je 150, Bunzlau 120, Altona, Bergedorf, Burgstädt, Harleshausen, Dietesheim, Donzdorf, Haan, Heidesheim, Heuchelheim, Mombach, Pirna, Stetten je 100, Minden 60, Heiligenzell 50 Mt.
Summe der Zuschüsse 2460,— Mt.
Krankengeld an Einzelmitglieder . . 1466,24 „
Sterbegeld an Einzelmitglieder . . . 263,50 „
Sonstige Ausgaben 8362,23 „

Gesamtausgabe 12551,97 Mt.

Gesamteinnahme 54120,19 Mt.
Gesamtausgabe 12551,97 „
Zunahme des Vermögens 41568,22 Mt.
H. Sudt, Hauptkassierer.

Achtung!

Den Ortsverwaltungen und Einzelmitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß der Kasse beim Postfachamt Hamburg unter der Bezeichnung „Nr. 12073, Zentral-Krankenkasse der Tischler usw., Hamburg 19“ ein Konto eröffnet ist. Vorgedruckte Zahlkarten werden versandt. Es wird gebeten, sämtliche zu zahlenden Beträge ohne Hinzufügung von Porto, Rückporto oder Bestellgeld unserer Konto zu überweisen. Dagegen sind sämtliche übrigen Sendungen, wie Briefe, Karten, Pakete usw., nach wie vor freizumachen, wobei auf die seit 1. August teilweise erhöhten Portofüge aufmerksam gemacht wird. Die Zahl der Fälle, in denen wir sog. Strafsporto wegen ungenügenden Frankierens zahlen mußten, hat sich in letzter Zeit leider wesentlich erhöht. Es kosten seit 1. August 1916: Postkarten statt 5 Pf. 7 1/2 Pf.; Briefe bis 20 g 15 Pf., über 20 bis 250 g 25 Pf.; Pakete bis zum Gewicht von 5 kg auf Entfernung von 75 km 30 Pf., für alle weiteren Entfernungen 60 Pf. Geschäftspapiere im Gewicht bis 250 g 10 Pf., bis 500 g 20 Pf., bis 1 kg 30 Pf., dürfen keine Mitteilungen enthalten und nicht zugestellt werden. Für Zuschußgesuche allein genügen Postkarten à 7 1/2 Pf. vollständig; langatmige Begründungen und Respektbogen sind unnötig.

Invalidenfonds.

Der Vorstand beabsichtigt, auch in diesem Jahre den armen ausgesteuerten invaliden Mitgliedern eine kleine Freude zu bereiten.

Diejenigen Verwaltungen, in deren Verwaltungsstelle solche invalide ausgesteuerte Mitglieder sich befinden, deren besondere Bedürftigkeit feststeht, und welche von anderer Seite keine Unterstützung erhalten, wollen dies dem Vorstand, mit mindestens drei Unterschriften von Verwaltungsbeamten als Beglaubigung, bis zum 12. Dezember mitteilen.
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen
Erfahrungskasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Ohligs 500 Mt., Fürth 200, Kiel, Halle, Köln je 100, Hamburg III 90, Freiburg, Weimar je 60, Saupheim 46,32 Mt. Summa 1256,32 Mt.
Zuschuß erhielt: Berlin C 200 Mt.

J. U. Maßmann.

Gestorbene Mitglieder.

Wilhelm Bröhan, Tischler, 47 Jahre, gest. in Kiel.
Hermann Wallenhauer, Ristenmacher, 64 Jahre, gest. in Mellenbach.
Christoph Jod, gest. in Durlach.
Karl Giller, Tischler, 69 Jahre, gest. in Königshütte.
Josef Theis, Schreiner, 63 Jahre, gest. in Stuttgart.
Karl Dieterle, Polierer, 21 Jahre, gest. in Stuttgart.
Franz Döllermann, Tischler, gest. in Königsberg i. Pr.
Wilhelm Schmidt, 45 Jahre, gest. in Reumünster.
Ehre ihrem Andenken.

Chemnitz. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe befindet sich Bräunerstr. 9-11, im Grundriss des hiesigen Arbeitsnachweises. Die Kollegen sind ersucht, nur unteren Nachweis zu benutzen. Umgehungen, schriftliche Anträge und Besprechungen sind streng verboten.

Erfahrene Möbeltischler und einen Stuhlbauer sucht Kunsttischlerei Hirschwald, Weimar, Cranachstraße 28.

Mehrere gute Möbeltischler und Stuhlbauer sowie einige sauber arbeitende Polierer stellen sofort ein
Werstätten Bernard Stadler, Paderborn.

Möbeltischler

welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Richard Ghe, Hübener & Co., G. m. b. H., Kunstgewerblich. Möbelfabrik, Dessau.

Gesucht mehrere Tischler auf eigenfurnierte Möbel, Herren- und Speisezimmer. Auford nach legalem Tarifvertrag und 25 Prozent Kriegszuschlag. Würdige Geisellen erzielen dadurch hohen Verdienst. 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, 70 Pf. die Stunde garantierter Lohn und Hochlohnzahlung. Es wollen sich nur erfahrene, tüchtige Tischler sofort melden. Hieraus gute Veranlassung.
Hermann Grotte, Möbelfabrik, Meer (Dänemark).

Tischler

mit Kriegszuschlag, für Zeichnen und kaufmännische Arbeiten gesucht.
J. S. Czerny, Flensburg.

Wichtige Aufträge stellt ein
H. S. Czerny, Flensburg (Dän.).

Modelltischler

Mehrere stellt ein Modellfabrik P. Reuther, Landsberg a. d. Warthe.
3 tüchtige Maschinenarbeiter oder Vorarbeiter gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und Angabe über bisherige Leistungen erwünscht.
C. B. Friede Sohn, Holzbearbeitungsfabrik, Hienburg (Weser).

Holzarbeiter

bei einem Stundenlohn von 80 Pf. werden sofort bei dauernder Beschäftigung eingestellt. Bedingung: Polizeilicher Ausweis, daß kein Spionageverdacht vorliegt.
Wilhelm Stäber, Bauunternehmung, Lockstedter Lager (Holzstein).

Wegen Krankheit und Einberufung zum Militär suche einen Bandjägerschneider oder Meister bei höchstem Lohn und fester Stellung.
Frau Emilie Meyer, Pantinenfabrik mit elektrischem Betrieb, Landsberg a. d. Warthe, Dammstr. 22.

Betriebsleiter für Dvaldreherei

gesucht. Muß mit allen Arbeiten, auch Kalkulation, Bescheid wissen.
Mag Leonhard, Berlin, Schlegische Straße 31.

Stuhlbauer, Sesselbauer, Tischler

sofort gesucht bei höchsten Löhnen. Reisvergütung wird gewährt. Meldungen an
Erzgebirgische Holzindustrie-Aktiengesellschaft, Brand-Erzdorf b. Freiberg i. Sa.

Stuhlbauer

auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.
Kürth & Vieber, Geringswalde i. Sa.
Mehrere tüchtige Korbmacher (Tarifklasse I) stellt ein
Heinr. Franke, Korbwarenfabrik, Nürnberg.
Suche 4 bis 5 Korbmacher auf Geschloßkörbe (15-cm-Langgranaten aus grüner Weide) sowie auf runde Berliner Obstkepen, letztere 1,30 Mt. Arbeitslohn.
Mag Weise jun., Korbmachermelster, Dahme (Mark).

Gesucht auf sofort 5 bis 6 Korbmacher auf Fisch- und Ballonkörbe.
Johann Lührßen, Korbmacherei, Walsdorf bei Geestemünde, Lindenallee 98.

Korbmacher auf 12-, 15- u. 21-cm-Geschloßkörbe gesucht.
Lohn 1,—, 1,60 und 1,70 Mt.
Hanschild, Spandau, Breite Straße 35.
Gesucht einige Korbmacher auf Fischkörbe.
C. Köhler, Geestemünde, Kleine Straße 2.

50 Korbmacher auf Minenkörbe stellt sofort ein
Bohnack & Co., Barmen.

10 Korbmacher auf Grün- und Weißgeschlagen für dauernde Arbeit gesucht. Für Verheiratete Wohnung mit Gartenland frei.
Reinhold Hoffmann, Korbfabrik u. Weiden- schälerei, Unruhstadt (Posen).

10 bis 15 Korbmacher auf Fischkörbe und 5 Korbmacher auf Geschloßkörbe sucht
H. Hübner, Greifswald.

Suche gut eingearbeitete Leute auf 21-cm- und 10-cm-Geschloßkörbe.
Otto Müller, Korbfabrik, Corbetta, Bahnhof.

Ring- und Kluppenpinselmacher, Zwickauer, Pecher und Pecherinnen, lohnend und dauernd, gesucht von
Brüdemann, Boyßen & Weber, Ebersfeld.

Bürstenmachergesellen und Mädchen zum Pechen für sofort gesucht.
Anton Diete, Bielefeld, Kaiserstr. 98.

2 Bürstenmacher auf Kanonenwischerbüsten gesucht. Forderung von 33 1/2 Prozent bewilligt, außerdem 5 Pf. Kriegszuschlag.
Zahlstelle Hannover-Linden.

Soeben erschienen:

Almanach 1917

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Dieser von H. Leipart im Auftrage des Verbandesvorstandes herausgegebene, bei allen Verbandskollegen so sehr beliebte Taschenrechner erscheint jetzt im 18. Jahrgang. Trotz der Schwierigkeiten während des Krieges ist auf den Inhalt und die Ausstattung auch in diesem Jahre wieder die altgewohnte Sorgfalt verwendet worden. Die überaus hohen Papierpreise zwingen jedoch, auch den Verkaufspreis für den Almanach für Mitglieder von 50 Pf. auf 60 Pf. für Nichtmitglieder von 1 Mt. auf 1,20 Mt. zu erhöhen. Dafür wird jedoch diesmal jedem Exemplar ein guter Bleistift beigegeben. Bestellungen sind umgehend an die Zahlstellenverwaltungen oder direkt an unsere Adresse zu richten.
Die Verlagsanstalt,
Berlin SO. 16, am Köpenicker Platz 2.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Verwalter vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 4. November, bis Freitag, 10. November 1916.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	26	10	29	33	50	41	23	—	27	16	—	45	5	—	3	107	—	86	210	60	231	
Bremen	3	6	—	5	5	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	14
Breslau	—	10	—	—	15	—	1	1	5	—	1	2	1	—	—	—	—	—	—	—	4	20
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	2	4	—	2	15	—	—	5	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18
Eilenburg	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	2	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	4	3	4	12	42	—	2	3	11	3	6	6	—	1	3	—	—	—	—	—	—	3
Lübeck	3	3	—	2	12	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	38	36	35	56	166	45	30	24	31	23	9	46	6	3	3	124	61	105	277	50	263	
Vor. Woche	34	46	31	63	167	36	32	17	44	27	8	41	5	6	3	122	49	91	303	200	246	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.